



Rolf Höfert
Geschäftsführer des Deutschen
Pflegeverbandes (DPV)

Editorial

Von starker Pflege noch weit entfernt

Mit Einführung der Pflegeversicherung vor 20 Jahren wurden in Deutschland die Strukturen pflegerischer Leistungen ausgebaut. Inzwischen bieten 12.500 Pflegeheime mit 661.000 Beschäftigten und 12.000 ambulante Pflegedienste mit rund 270.000 Beschäftigten ein umfangreiches pflegerisches Angebot für die aktuell 2,5 Millionen Pflegebedürftigen. Zuletzt erhielt die Pflege mit dem Inkrafttreten des 1. Pflegestärkungsgesetzes im Januar 2015 1,4 Milliarden Euro. Schwerpunkte der Leistungsverbesserung liegen auf der Unterstützung pflegender Angehöriger sowie der Einstellung zusätzlicher Betreuungskräfte für die stationäre Pflege. Mit dem 2. Pflegestärkungsgesetz – derzeit noch in Erarbeitung – folgt die Bundesregierung der langjährigen Forderung der Pflegeverbände, den Pflegebedürftigkeitsbegriff neu zu definieren und daran justiert das Finanzierungssystem zu gestalten. Flankierend zu diesen Entwicklungen ist allerdings ein Berufsgesetz Pflege nötig. Das ist auch im Zusammenhang mit der notwendigen Fachkräftegewinnung und der Einführung einer generalistischen Qualifikation der professionell Pflegenden dringend erforderlich. Nach Bedarfseinschätzung fehlen der Pflege heute jährlich 4,5 Milliarden Euro, um eine qualifizierte, pflegerische Versorgung zu garantieren. Trotz der partikularen Verbesserung, die das Pflegestärkungsgesetz bringt, verdeutlicht diese Zahl den zukünftigen Handlungsbedarf. Der Anfang ist gemacht, nun geht es darum, kontinuierlich das in der Vergangenheit politisch stark vernachlässigte Thema Pflege wieder „gesund zu pflegen“ – im Sinne der beruflich Pflegenden, der pflegenden Angehörigen sowie der Pflegebedürftigen und Patienten.

Rolf Höfert
Mitglied des Präsidiums des Deutschen Pflegerats (DPR)



In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Betrieblichen Gesundheitsschutz für die Pflege öffnen

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention bleibt hinter den Erwartungen zurück. Von dem ursprünglichen Vorhaben, die Prävention als vierte Säule im Gesundheitswesen neben der Kuration, Rehabilitation und Pflege zu verankern, ist er weit entfernt.

Nicht zielführend ist, dass der Gesetzentwurf Prävention ausschließlich der ärztlichen Profession zuordnet. Der betriebliche Gesundheitsschutz muss als Handlungsfeld für die Berufsgruppe der Gesundheits- und Krankenpflege geöffnet werden. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsschutzes und der betrieblichen Gesundheitsförderung.

International ist das Handlungsfeld der betrieblichen Gesundheitspflege seit langem erfolgreich. So sind Occupational Health Nurses (OHN) Pflegefachpersonen, die sich in Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz für den Einsatz in Betrieben spezialisieren. Als Pflegefachpersonen beraten sie lebensweltbezogen und finden einen besseren Zugang zu den Betroffenen. Darüber hinaus verfügen OHNs über Kenntnisse in Personalentwicklung, Hygiene, Public Health, Gesundheitsförderung, Case- und Care-Management, Ergonomie, Unfallschutz sowie Arbeitsschutz.

Der Deutsche Pflegerat fordert, dass der Gesetzgeber ambulante Pflegedienste viel stärker in eine präventiv orientierte und pflegerische Beratung einbindet. Ansonsten entsteht eine Benachteiligung der Pflegebedürftigen, die nicht in stationären Einrichtungen versorgt werden.

Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR)



© Wavebreak Media / Getty Images / Thinkstock

Pflegende arbeiten oft am Limit

Interprofessionelles Forschungsprojekt

Resilienz statt Burnout?

Die Fluktuation ist nicht zu übersehen: Viele Pflegende sind nach Jahren im Beruf am Limit. Sie verlassen ihren Beruf, schulen um oder werden sogar psychisch krank. Mainzer Wissenschaftler erforschen jetzt, warum manche Menschen mit Stress und Dauerdruck umgehen können, andere das nur schwer oder gar nicht schaffen. Und sie wollen herausfinden, ob und wie man den Umgang mit starken Belastungen trainieren kann.

Warum verkraften einige Menschen seelische Belastungen, Stress, Dauerdruck oder traumatische Erlebnisse besser, während andere verzweifeln und psychisch krank werden? Welcher Fähigkeiten bedarf es, um aus Krisen gestärkt hervorzugehen?

Die Tatsache, dass einige Menschen wie Stehaufmännchen auch nach großen psychischen Belastungen schnell wieder auf die Füße kommen, lässt vermuten, dass ihre mentalen Schutz- und Selbstheilungsmechanismen besser funktionieren. Diese seelische Widerstandskraft wird Resilienz genannt und gilt als Wunderwaffe im Kampf gegen stressbedingte psychische Störungen. Der Resilienz

will man jetzt auf die Spur zu kommen. Zur Vorbeugung seelischer Krisen sollen wirksame Präventionsmaßnahmen entwickelt werden.

Mehr um die Prävention kümmern

Diese Entwicklung ist relativ neu. Lange Zeit hat sich die klinische Forschung in Psychiatrie und Psychotherapie stark an den Krankheitsbildern orientiert und sich weniger um die Prävention gekümmert. Erkrankungen wie Depressionen, Angststörungen oder Sucht haben aber häufig lange Vorlaufzeiten, in denen chronische Stresssituationen oder kritische Lebensereignisse die seelische Belastbarkeit der Betroffenen aushöhlen.

Hier könnte ein präventives Resilienztraining ansetzen. „Alle Volkskrankheiten sind auch in Umwelteinflüssen begründet, wie Lebensstilen, Erziehung, frühkindlichen Erfahrungen beziehungsweise Traumata und aktuellen Belastungen. Hier setzt Resilienz ein, denn der Umgang und die Bewältigung solcher Erlebnisse kann psychotherapeutisch so trainiert werden, dass die häufigen seelischen Folgestörungen nicht auftreten. Optimismus, Bewältigungskompetenzen und Selbstwirksamkeit sind beispielhafte krankheitsvermeidende Strategien. Diese müssen wir vor der Krankheit, also präventiv zu Aufbau und Stärkung von Resilienz einsetzen“, erklärt Dr. Iris Hauth, Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN).

Auf die Lösung konzentrieren

Sicher scheint heute zu sein, dass Resilienz eine Fähigkeit ist, die jeder Mensch aufbauen und trainieren kann – unabhängig von seiner genetischen Veranla-

gung. Dabei geht es vor allem um hilfreiche psychologische Faktoren wie positives Denken und die Fähigkeit, flexibel auf belastende Lebensereignisse zu reagieren. Es macht einen großen Unterschied, ob ich mit meinem Schicksal hadere und mich als hilfloses Opfer sehe, oder ob ich die Situation akzeptieren und mich auf ihre Lösung konzentrieren kann. Weitere Merkmale von Resilienz sind die Fähigkeit, die eigenen Emotionen und Impulse kontrollieren und ein tragfähiges Netz aus sozialen Bindungen aufbauen zu können.

Diese psychologischen Schutzmechanismen für die seelische Gesundheit sind gut erforscht und anerkannt. Entsprechende Methoden werden in der Stressbewältigung erfolgreich angewandt. So können in speziellen Resilienztrainings, wie dem MBSR Programm nach Jon Kabat-Zinn, kognitive Umstrukturierung und achtsame Selbstbeobachtung im Alltag eingeübt werden. Auch regelmäßige Meditation und Konzentrationsübungen aus dem Zen-Buddhismus haben eine positive Wirkung auf unsere geistigen Fähigkeiten und die innere Widerstandskraft.

Wie bewertet das Gehirn bestimmte Situationen?

An der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz arbeiten seit 2014 fachübergreifend Neurowissenschaftler, Mediziner und Psychologen an der neurobiologischen Erforschung der Resilienz. Ziel des Forscherteams ist es, ihre grundlegenden Mechanismen zu entdecken und das Gehirn als zentrales Resilienzorgan zu begreifen. Die entscheidende Frage dabei lautet, welche Prozesse legen fest, wie das Gehirn eine bestimmte Situation oder einen bestimmten Reiz bewertet?

„Wir wollen verstehen, welche Vorgänge im Gehirn Menschen dazu befähigen, sich gegen die schädlichen Auswirkungen von Stress zu schützen und wie diese Resilienzfaktoren gezielt trainiert und langfristig verstärkt werden können“, so Prof. Klaus Lieb, Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz und stellvertretender Sprecher des Deutschen Resilienzentrums. Aus diesem Grund hat das Resilienz-Zentrum Langzeitstudien auf den Weg gebracht. Die

Gutenberg Brain Study beispielsweise ist eine breit angelegte Studie, bei der 5.000 Probanden quer durch alle Bevölkerungsschichten untersucht werden. Einer der Schwerpunkte ist die Frage, ob durch Resilienztraining der Abbau kognitiver Fähigkeiten im Alter verhindert oder zumindest verlangsamt werden kann. Im Mainzer Resilienz Projekt sollen Stressfaktoren, denen Studenten im Laufe der Zeit ausgesetzt sind, und deren Auswirkungen auf die psychische Gesundheit, erfasst werden.

Teufelskreis durch ständige Überforderung im Arbeitsleben?

Eine wichtige Rolle spielt vor allem die Resilienz im Arbeitsleben. Gerade hier ist die Gefahr groß, durch ständige Überforderung in einen Teufelskreis aus chronischem Stress und der damit verbundenen Gefahr einer psychischen Erkrankung zu geraten. Belastende Arbeitsbedingungen können auch Menschen krank machen, die von Natur aus eine eher robuste Gesundheit besitzen. Denn der angeborene und erlernte Stressschutz kann unter Dauerdruck versagen. Deshalb ist hier vor allem die Verantwortung der Organisationen und Arbeitgeber gefragt, für gesunde Arbeitsbedingungen und positive Umweltfaktoren zu sorgen.

Dieses Ziel hat sich auch die Initiative „Die Pfalz macht sich/Dich stark – Wege zur Resilienz“ auf die Fahnen geschrieben. „Resilienz muss auf allen gesellschaftlichen Ebenen stattfinden. Auch Unternehmen, Schulen und Gemeinden sollten präventiv die seelische Gesundheit fördern und ihre Aktivitäten miteinander vernetzen“, findet Paul Bomke, Geschäftsführer des Pfalzkrankenhauses und Initiator der Initiative. Ziel ist eine resiliente Pfalz im Jahr 2025, in der die seelische Gesundheit ganz oben auf der Agenda steht.

Birgit Oehmcke
Aktionsbündnis Seelische Gesundheit
www.seelischegesundheit.net

STATEMENT

DPR lehnt Vorschlag für einen weiteren Berufsverband ab

Nur eine starke Pflegekammer kann die Interessen der Pflegefachpersonen tatsächlich vertreten“, mahnt Andreas Westerfellhaus, Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR). „Ein Pflegeberufsverband, der auf freiwilliger Mitgliedschaft beruht, kann nicht in dem Maße für die professionell Pflegenden eintreten, wie es Aufgabe und zugleich Verpflichtung einer Pflegekammer ist.“

„Wir lehnen daher den Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG) Berlin ab“, betont Westerfellhaus. „Der Vorschlag ist weder zielführend noch durchdacht. Zudem missachtet und ignoriert er das klare Votum der Pflegefachpersonen für eine Berliner Pflegekammer: Die viel beschworene Wertschätzung der Pflegenden sieht anders aus! Die Berliner Befragung für eine Pflegekammer hat mit 58,8% Zustimmung ein Signal für ganz Deutschland gesetzt.“

„Es ist eine bloße Vermutung der ASG, dass mit der Einführung eines auf Freiwilligkeit basierenden Pflegeberufsverbands die Rechte der professionell Pflegenden gestärkt werden, und ein solcher Verband mehr Durchschlagskraft hätte“, macht der Präsident des Deutschen Pflegerats deutlich. Hinzu komme, dass alle Pflegenden bereits heute das Recht haben, ihre Interessen in einem der schon bestehenden Berufsverbände politisch zu vertreten. „Wir brauchen keine Vorschläge für längst etablierte Berufsverbände. Wir brauchen die Unterstützung und den Mut für eine Pflegekammer“, so Westerfellhaus.

„Die jetzige Verweigerung einer Pflegekammer ist ein Beweis für die eigene Konzeptlosigkeit und kommt einem Kniefall vor deren Gegnern gleich“, zeigt sich Westerfellhaus dennoch kämpferisch. Erste Option könne nur die Bildung einer starken Pflegekammer sein. „Nur mit ihr ist tatsächlich gewährleistet, dass es zu keiner Verwässerung der Interessen der Pflegefachpersonen kommt.“ „Die Pflegefachpersonen müssen das Recht haben, im vollen Umfang die pflegerischen Herausforderungen der Zukunft und ihre darin liegende eigene große Verantwortung selbst mitzubestimmen. Dies kann aus Sicht des Deutschen Pflegerats nur über eine eigenständige Pflegekammer erfolgen“, weist Westerfellhaus hin.

www.deutscher-pflegerat.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Gute Arbeitsbedingungen sind Wettbewerbsvorteil

„Wer seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht pfleglich behandelt und gut mit ihnen umgeht, wird bald keine mehr haben“, mahnt Johanna Knüppel. Die DBfK-Sprecherin geht damit auf die jetzt veröffentlichte Prognos-Studie „Arbeitslandschaft 2040“ ein. Diese belege mit Zahlen: Die größten Engpässe treten schon jetzt, erst recht jedoch in den nächsten Jahren im Sektor Pflege auf. Die Studie wirft ein grelles Licht auf den Fachkräftemangel. Und sie bestätigt einen lange bekannten und zunehmend alarmierenden Trend: Die größten Engpässe treten im Dienstleistungsbereich Gesundheit und Pflege auf.

Erwartet werden „dramatische Dimensionen“. Immer stärker wirken sich der demografische Wandel, geänderte gesellschaftliche Strukturen und Werte sowie die internationale Konkurrenz um Fachkräfte auf den Arbeitsmarkt für Pflegefachpersonal aus, heißt es in der Studie.

„Vor diesem Hintergrund müssen Politik und Unternehmen alles daran setzen, Pflegefachpersonen in ihrem Beruf zu halten. Das gelingt bei guten Arbeitsbedingungen, angemessener Personalbemessung, guter Führung und einem respektvollen Umgang. Respekt meint dabei auch die Achtung der Grenze zwischen Beruf und Privatleben“, betont Knüppel.

www.dbfk.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Claudia Dachs (verantwortlich)

Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

(„Haus der Gesundheitsberufe“)

Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304

www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Verlag: Springer Medizin | Urban & Vogel GmbH

Aschauer Str. 30, 81549 München

Tel.: 089 203043-1300, Fax: 089 203043-1370

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler

Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin

Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505

heilberufe.de, springerfachmedien-medizin.de

Pflegende sind keine Verhandlungsmasse

(K)ein Spiel mit dem Feuer

Angesichts der Diskussion über unterbesetzte Pflegestellen hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) vor einer weiteren Ausdünnung des Pflegepersonals in den Kliniken gewarnt. Andreas Westerfellhaus, Präsident der DPR, warnt davor, die Auseinandersetzung auf dem Rücken der Pflegenden zu führen.

Im Vorfeld des Beschlusses zur Krankenhausreform sagte DKG-Hauptgeschäftsführer Georg Baum: Der Gesetzesentwurf sehe vor, die 2013 eingeführten Versorgungszuschläge im Bereich der Personalfinanzierung 2017 zu streichen. „Damit gehen den Krankenhäusern 500 Millionen Euro verloren. Das ist der Gegenwert von 10.000 Pflegestellen.“ Andreas Westerfellhaus, Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR), mahnte: „Die Deutsche Krankenhausgesellschaft sollte nicht mit dem Feuer spielen und einen möglichen Stellenabbau von 10.000 Pflegestellen in den Raum werfen. Die professionell Pflegenden sind keine Verhandlungsmasse. Zudem sorgen solche Äußerungen für unnötige Ängste bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die DKG sollte Diskussionen zur Krankenhausreform und damit einhergehende mögliche Finanzeinbußen nicht auf dem Rücken der Pflege austragen. Stattdessen sollten wir gemeinsam für mehr Pflegende und somit für eine bessere Krankenhausversorgung kämpfen“, fordert Westerfellhaus.

50.000 Pflegende fehlen

„Unbestritten ist“, so Westerfellhaus weiter, „dass bereits heute in den Krankenhäusern 50.000 Pflegende fehlen. Die Mitarbeiter in der Pflege arbeiten im Krankenhaus am Anschlag ihrer Belastungsfähigkeit. Durch die gravierende personelle Unterbesetzung ist die Pflege und Betreuung der Patientinnen und Patienten bereits heute nicht mehr zu jeder Zeit sicherzustellen. Damit ist die Patientensicherheit gefährdet“, kritisiert der Präsident des DPR: „Eine gute Pflege

braucht gutes Personal, welches ausreichend zur Verfügung steht. Gefordert zum Handeln ist die Bundesregierung, die die Tragweite der aktuellen Probleme der professionellen Pflege im Krankenhaus endlich anerkennen muss.“

Kosten nachweisen

Die angespannte personelle Lage könnte bereits dadurch deutlich verbessert werden, wenn ab 2015 die Verwendung der in den DRG kalkulatorisch enthaltenen Kosten für den Pflegeaufwand für Pflegestellen im Rahmen der Budgetverhandlungen und/oder unter dem Attest eines Wirtschaftsprüfers durch die Krankenhäuser nachgewiesen werden müsste. Eine solche Regelung schaffe Transparenz bezüglich der Personalausstattung und würde sicherstellen, dass die für die pflegerische Versorgung kalkulierten Geldbeträge auch für Personal verwendet werden oder wurden. Weiter müsse die Refinanzierung durch die Kostenträger zwingend und nachhaltig sichergestellt werden. „Die Tarifierhöhungen sind vollumfänglich zu berücksichtigen“, fordert Westerfellhaus. Als Sofortmaßnahme schlägt der DPR darüber hinaus die Bereitstellung eines Budgets für die nächsten vier Jahre von jährlich 2,5 Milliarden Euro vor. Mit diesen Mitteln könnten Pflegestellen geschaffen und die Pflegepraxis sofort entlastet werden. Parallel dazu müsse unter Beteiligung des DPR umgehend ein analytisches Instrument zur Personalbemessung entwickelt werden.

www.deutscher-pflegerat.de